



## **Japan und die USA:**

Vergangenheit, Gegenwart  
und Zukunft der japanisch-  
amerikanischen Allianz

---

**Tsuneo WATANABE**

## **Einleitung: Gründe für das hohe Ansehen des ehemaligen Premierministers Abe in den USA**

Am 20. Juli 2022 verabschiedete der US-Senat einstimmig eine Resolution zu Ehren des ehemaligen Premierministers Shinzo Abe, der am 8. Juli durch eine Kugel tödlich getroffen wurde. Man lobte seinen Einsatz für die Stärkung der japanisch-amerikanischen Allianz, seine Förderung des Konzepts eines „Freien und Offenen Indopazifiks“ (FOIP) sowie seine Grundsteinlegung für „eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Japan und den USA zur Förderung von Freiheit, Wohlstand und Sicherheit auf der ganzen Welt und zur Bekämpfung von Autoritarismus und Autokratie“.

Die Regierung unter Premierminister Abe wurde im Vergleich zu vorherigen Regierungen der Liberaldemokratischen Partei höher geschätzt. Das lag daran, dass sie die japanische Nationalstrategie, die bis dato auf den liberalen Kurs der „Yoshida-Doktrin“ mit Fokus auf Wirtschaftswachstum und nur geringe Bewaffnung gesetzt hatte, in einen Realismus des „proaktiven Pazifismus“ zum Zweck des „freien und offenen Indopazifiks“ verwandelte. Vor Premierminister Abe verfolgten die japanischen Regierungen eine Rahmenpolitik, bei der man auf Stabilität abzielte, indem die Sicherheit Japans in die Hände der US-Verbündeten gelegt wurde; so

ließen sich Investitionen in die militärische Stärke Japans auf ein Minimum beschränken und der Staatshaushalt für Wirtschaftswachstum und soziale Sicherungen aufwenden. Die Yoshida-Doktrin war eine nationale Strategie, die zu einem schnellen Wirtschaftswachstum Japans seit den 1960er Jahren geführt und der Liberaldemokratischen Partei eine besonders stabile Machtbasis unter den Demokratien der Welt verschafft hatte.

Vor der Regierung unter Premierminister Abe konnten die Regierungen der Liberaldemokratischen Partei in Bezug auf die Funktionen der japanisch-amerikanischen Allianz und den Einsatz der Selbstverteidigungsstreitkräfte für friedenserhaltende UN-Maßnahmen im Ausland sowie den Ausbau der japanischen Wehrkraft nur einen schrittweisen Ansatz verfolgen. Denn während des Kalten Krieges hatte die Liberaldemokratische Partei sich mit den linken Parteien Japans, vertreten durch die Sozialistische Partei, auf die Interpretation geeinigt, dass die Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung verfassungsrechtlich unzulässig sei. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den europäischen alliierten Mitgliedern des Nordatlantikpakts (engl. *North Atlantic Treaty Organization*, kurz NATO), der als multilaterale Allianz auf ebendiesem Recht zur kollektiven Selbstverteidigung basiert.

Die erste Regierungszeit unter Premierminister Abe, die 2006 begann, definierte

diese in Bezug auf Verteidigung und Sicherheit eingeschränkte politische Situation Japans als „Nachkriegsregime“ und machte deutlich, sich davon lösen zu wollen. Dies sorgte nicht nur bei den einheimischen Linken, sondern auch bei den amerikanischen Liberalen für Beunruhigung; doch Premierminister Abe musste aufgrund persönlicher gesundheitlicher Probleme zurücktreten, bevor er eine breite Anhängerschaft gewinnen konnte. Die darauffolgenden zwei Regierungen der Liberaldemokratischen und drei Regierungen der Demokratischen Partei enttäuschten die Wähler jedoch sowohl auf außen- und sicherheitspolitischer als auch wirtschaftlicher Ebene, sodass bei den Unterhauswahlen im Dezember 2012 die Liberaldemokratische Partei unter Abe erneut an die Macht kam.

Während dieser Zeit hatte China es zum Alltag gemacht, Schiffe in öffentlichem Auftrag in das Gewässer der in japanischem Besitz befindlichen Senkaku-Inseln eindringen zu lassen. Im September 2012 wurde ein Teil der Senkaku-Inseln durch die Regierung der Demokratischen Partei unter Yoshihiko Noda von ihrem japanischen Eigentümer abgekauft, was massive antijapanische Demonstrationen in China auslöste; dies wiederum erhöhte sowohl die anti-chinesische Stimmung in Japan als auch die Erwartungen an den falkenhaften Premierminister Abe.

Die zweite Regierungszeit unter Premierminister Abe stabilisierte die Politik mit

einigem Erfolg durch eine Kombination aus quantitativen finanziellen Lockerungen und einer aktiven Finanzpolitik, bekannt als „Abenomics“. Im Jahr 2014 beschloss seine Regierung, die teilweise Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung zuzulassen, und verabschiedete im darauffolgenden Jahr gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner, der Komeito, ein Friedens- und Sicherheitsgesetz auf Grundlage dieser neuen Verfassungsinterpretation. Diese Grundlagen haben zumindest rechtlich den Weg für die Anwendung von Waffengewalt im Rahmen der japanisch-amerikanischen Allianz und multilateraler Sicherheitsmissionen auch für Anwendungszwecke außerhalb der Selbstverteidigung geebnet.

Darüber hinaus rief Premierminister Abe nicht nur das FOIP-Konzept ins Leben, sondern präsentierte im Jahr 2007 ebenso den Quadrilateralen Sicherheitsdialog (QUAD) zwischen Japan, den USA, Australien und Indien, in dem man sich auf ein breites Spektrum der Zusammenarbeit – auch auf sicherheitsbezogener Ebene – in der indopazifischen Region geeinigt hatte. In einer Telefonkonferenz mit Premierminister Fumio Kishida nach Abes Tod lobte Präsident Biden die Weitsicht des ehemaligen Premierministers Abe in Hinblick auf das QUAD- und FOIP-Konzept und bezeichnete diese als dessen „unvergängliches Erbe“.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den aktuellen Stand und die Ausrichtung

der japanischen Bündniskoooperation unter Berücksichtigung ihres historischen Werdegangs.

### **Historischer Wandel und aktueller Stand der japanisch-amerikanischen Allianz**

Nach der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit im Jahr 1951 schloss Japan einen auf Gegenseitigkeit beruhenden Sicherheitsvertrag mit den USA ab, auf den 1960 der stärker bilateral ausgerichtete und aktuelle japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag folgte. Damals herrschte immer noch der Kalte Krieg und es kam zu einer heftigen Oppositionsbewegung durch Studenten, die mit dem sozialistischen Lager sympathisierten. Am 15. Juni desselben Jahres kam im Zuge dieses Zusammenstoßes zwischen den Demonstranten und der Polizei rund um das Parlament eine Studentin der Universität Tokyo ums Leben, woraufhin unter großem Aufruhr eine parlamentarische Revision verabschiedet wurde. Premierminister Nobusuke Kishi trat im Zuge dieser Turbulenzen und des öffentlichen Aufschreis zurück. Die damals vorgenommenen Änderungen am japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag sorgten für mehr Bilateralität, indem sie ausdrücklich die im vorherigen Vertrag fehlende Verteidigungspflicht der USA gegenüber Japan erwähnten und eine Klausel im Zusammenhang mit „innere Unruhen“ aufhoben, durch die eine Einmischung

in die innenpolitische Angelegenheiten Japans möglich gewesen wäre.

Premierminister Kishi wurde u. a. aufgrund seines Postens als Handels- und Industrieminister im Kabinett Hideki Tojo, das den Ausbruch des Krieges gegen die USA vorangetrieben hatte, als „konservativer Reaktionär“ betrachtet und aufgrund des Widerstands der Linken zum Rücktritt gezwungen; so hatte er keine andere Wahl, als sein persönliches politisches Thema – die Verfassungsrevision – aufzugeben. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass es sich bei dem ehemaligen Premierminister Abe um den Enkel von Premierminister Kishi handelte, der die Leistungen seines Großvaters in Ehren hielt.

Sein Nachfolger, Premierminister Hayato Ikeda (1960-1964) von der Liberaldemokratischen Partei, besiegelte den Kurs für die Verfassungsänderung zum Zweck der nationalen Unabhängigkeit Japans und präsentierte einen Einkommensverdoppelungsplan, der den Grundstein für Japans spätere Politik des schnellen Wachstums legen sollte. Premierminister Ikeda, der aus dem Finanzministerium stammte und über herausragendes finanzielles Wissen verfügte, wurde von Premierminister Shigeru Yoshida – der früher Diplomat und kein Spezialist für Finanzen war – zum Finanzminister ernannt, und zeichnete sich während seiner Amtszeit durch den Aufbau guter Beziehungen zu den Finanzbeamten der US-Regierung

aus, welche die Finanz- und Wirtschaftspolitik im besetzten Japan leiteten. Er kann als derjenige bezeichnet werden, der sich zwar auf die japanisch-amerikanische Allianz berief, statt einer Wiederherstellung der japanischen Wehrkraft oder einer Verfassungsrevision jedoch auf die langfristige Strategie der „Yoshida-Doktrin“ setzte, um das japanische Wirtschaftswachstum in den Vordergrund zu rücken. Außerdem führt Premierminister Kishida als Vorsitzender der Kouchikai – einer politischen Gruppierung innerhalb der Liberal Demokratischen Partei, die vom ehemaligen Premierminister Ikeda gegründet wurde – dessen Linie weiter fort.

Im Rahmen der japanisch-amerikanischen Allianz leisteten die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte – während das US-Militär und seine westlichen Verbündeten dem sowjetischen Militär und dem Warschauer Pakt im Schatten des Kalten Krieges weltweit gegenüberstanden – u. a. mit der U-Boot-Abwehr (engl. *Anti-Submarine Warfare*, kurz ASW) einen Beitrag zur US-Militärstrategie gegen die Sowjetunion. Doch im Vergleich zu den europäischen Frontalliierten wie Westdeutschland, die sich der militärischen Stärke des Warschauer Paktes entgegenstellten, hatten die USA lediglich begrenzte Erwartungen an die militärische Stärke Japans. Vielmehr hoffte man, dass das japanische Wirtschaftswachstum als Modell für die Entwicklung kapitalistischer Staaten dienen würde – insbesondere für die Länder Südasiens, in denen der

wachsende Kommunismus Anlass zur Sorge gab.

Aufgrund dieser niedrigen militärischen Erwartungen im Vergleich zu den europäischen Verbündeten der USA wie Westdeutschland oder auch Südkorea, das am 38. nördlichen Breitengrad direkt Nordkorea gegenübersteht, hatte Japan demnach keine Chance auf eine Wiederaufrüstung, wie sie in einem „normalen Land“ durchgeführt worden wäre. Die japanischen Oppositionsparteien wurden stark von der Sozialistischen Partei Japans und der Kommunistischen Partei Japans beeinflusst, die sich beide zum Marxismus bekannten. So fand in Japan keine Abkehr vom Klassenkampf oder Hinwendung zur Sozialdemokratie statt, wie sie die Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland mit dem Godesberger Programm 1959 beschlossen hatte. Und auch der Wandel zu einer realistischen Verteidigungspolitik wie die der Sozialdemokratischen Partei unter der Regierung von Bundeskanzler Brandt fand erst 1994 statt, als die Liberaldemokratische Partei und die Sozialistische Partei Japans sowie die Neue Partei Sakegake sich unter Premierminister Tomiichi Murayama zusammenschlossen.

Im Jahr 1968 überholte Japan das Bruttoinlandsprodukt Westdeutschlands und belegte somit den zweiten Platz weltweit; infolgedessen kam es ab den 1970er Jahren jedoch zu Handelsstreitigkeiten mit den USA in Bezug auf Textilien und Stahl. In den USA, die

eine immer schwächere industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen hatte, nahm die Wachsamkeit gegenüber Japan in den 1980er und 1990er Jahren zu, und das chronische Handelsdefizit gegenüber Japan wurde zu einem ernststen politischen Problem zwischen den beiden Ländern.

Sicherheitsexperten in Japan und den USA, die sich durch diese japanisch-amerikanischen Handelskonflikte bedroht fühlten, analysierten die dafür verantwortlichen Probleme und richteten entsprechende Vorschläge an beide Seiten. Ein repräsentatives Beispiel sind die „Nye-Armitage-Berichte“ von Joseph Nye, Professor an der Harvard University, und dem ehemaligen (unter der Regierung von Präsident George W. Bush) stellvertretenden Außenminister Richard Armitage zwischen den Jahren 2000 (1. Bericht) und 2020 (5. Bericht).

Im „Nye-Armitage-Bericht“ aus dem Jahr 2000 wird festgestellt, dass viele US-Politiker in den 1990er Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges zwar das Interesse an Japan verloren hätten, Japan jedoch zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Phase des Wandels durchlaufen und seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft überdenken würde; so betonte der Bericht die Bedeutsamkeit Japans und der japanisch-amerikanischen Allianz gegenüber den US-Politikern.

Die zweite Regierungszeit unter Premierminister Abe ab 2012 teilte

die problematische Sichtweise der japanisch-amerikanischen Allianz, wie sie in einer Reihe von Nye-Armitage-Berichten genannt wurde, und erzielte positive Fortschritte in Bezug auf ebendiese Probleme – darunter der Kabinettsbeschluss über die teilweise Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung, die Gründung des Nationalen Sicherheitsrats sowie das Friedens- und Sicherheitsgesetz. Der fünfte Nye-Armitage-Bericht von 2020 stellt fest, dass „Japan im Rahmen der Allianz mit den USA erstmals in der Geschichte zu einem gleichwertigen Partner geworden ist“, und die Rolle Japans im Zusammenhang mit der Festlegung der regionalpolitischen Agenda, der führenden Rolle bei Freihandelsabkommen und multilateraler Zusammenarbeit sowie bei der Entwicklung neuer Strategien zur Gestaltung der regionalen Ordnung angesichts der instabilen Rolle der USA anerkannt wurde. Damit im Zusammenhang stand sowohl Japans Initiative zum Abschluss der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), aus der sich die US-Regierung unter Präsident Trump aufgrund des zunehmenden Protektionismus zurückgezogen hatte, und das sich daraufhin zu einem Abkommen über die Umfassende und Fortschrittliche Transpazifische Partnerschaft (engl. *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership*, kurz CPTPP) entwickelte, als auch die Beibehaltung eines Mindestmaßes in Bezug auf die Regeln des Freihandels mithilfe des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA)

zwischen Japan und der EU, sowie die bereits erwähnte Präsentation des FOIP-Konzepts der Regierung unter Premierminister Abe.

In den eben genannten Berichten wurden verschiedene Themen vorweggenommen, zu denen die Regierungen Japans und der USA sich inzwischen geeinigt haben, deren Allianz mittlerweile als gleichberechtigt und für die Region unverzichtbar gilt: der Ausbau der kooperativen Beziehungen zwischen asiatischen und europäischen Ländern, die Auseinandersetzung mit China und Nordkorea als Unsicherheitsfaktoren für die regionale Sicherheit, sowie die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und Technologie.

### **Vertiefung der weiterschreitenden japanisch-amerikanischen Allianz**

Die Tatsache, dass die japanisch-amerikanische Allianz in den letzten 70 Jahren nicht an Wert verloren hat, ist zu einem großen Teil auf die Bemühungen der oben genannten Akteure beider Länder zurückzuführen. Vor allem aber, haben die jüngsten Veränderungen im internationalen Umfeld Japans und der USA den Wert ihrer Allianz erhöht. In der zunehmend globalisierten Wirtschaftswelt gibt es Anzeichen für einen Niedergang der US-zentrierten internationalen Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entfaltet hatte, und neue

Herausforderer sind zum Vorschein gekommen. Der von den USA als Bedrohung wahrgenommene Gegner hat sich von der ehemaligen Sowjetunion und dem Warschauer Pakt sowie internationalen Terrororganisationen wie Al-Qaida auf den chinesischen Staat verlagert, dessen Präsenz durch seinen globalen wirtschaftlichen Einfluss immer weiter zunimmt. Damit spielt Japan in seiner Position als Verbündeter der vordersten Front gegenüber China sowie aufgrund seines regionalen Einflusses als drittgrößte Wirtschaftsmacht nach den USA und China eine wichtige Rolle für die USA. Außerdem stimmt die Wahrnehmung beider Länder in Bezug auf potenzielle Bedrohungen überein.

Dies hat sich auch nach dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 nicht geändert. In der Nationalen Verteidigungsstrategie, die die Regierung unter Präsident Biden dem Kongress am 28. März desselben Jahres unterbreitete, wurde dem Umgang mit China eine höhere Priorität eingeräumt als dem Umgang mit Russland, das in die Ukraine einmarschiert war. Darüber hinaus wurde China als „größter Konkurrent der USA“ und als „Herausforderung für das Pentagon“ definiert, und man betonte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Erhöhung der Abschreckungskraft gegenüber China, um die USA gegen die wachsende chinesische Bedrohung in mehreren Gebieten – darunter auch dem Cyber- und Weltraum – zu verteidigen.

Diese Aussagen deuten darauf hin, dass Russland – von Angriffen mit strategischen Atomwaffen einmal abgesehen – weder in der Lage ist, das amerikanische Festland mithilfe seiner regulären Streitkräfte anzugreifen, noch den Willen oder die wirtschaftliche Kraft dazu besitzt, dies zu realisieren. China hingegen ist der einzige Staat, der unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Mittel die militärische Stärke erlangen könnte, das Gebiet der USA mit regulären Streitkräften anzugreifen; auch wenn es in Bezug auf die Anzahl der in seinem Besitz befindlichen strategischen Atomwaffen nicht mit den USA und Russland mithalten kann. Die Staatsoberhäupter Japans und der USA sind sich darüber im Klaren, dass das geopolitische Umfeld beider Länder nicht hundertprozentig gesichert werden kann; so haben sie sich darauf verständigt, im Rahmen des Wettbewerbs mit China und zum Zweck der Stabilität im Indopazifik, in dem der chinesische Einfluss immer stärker wird, entsprechend zusammenzuarbeiten.

Auf dem japanisch-amerikanischen Gipfeltreffen im Mai 2022 einigten sich Präsident Biden und Premierminister Kishida in ihrer gemeinsamen Erklärung auf die „Stärkung der freien und offenen Weltordnung“ und begannen diese mit der Bestätigung einer „Partnerschaft von noch nie dagewesener Stärke und Intensivität“, wobei die japanisch-amerikanischen Beziehungen – geleitet von gemeinsamen Werten, getragen von einem geteilten Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, inspiriert

von der wirtschaftlichen Innovation und der technologischen Dynamik beider Länder sowie verwurzelt in den tiefen zwischenmenschlichen Bindungen – den Grundstein für einen freien und offenen Indopazifik legen. In Anbetracht der bereits dargelegten Geschichte der japanisch-amerikanischen Beziehungen basiert diese Aussage nicht auf bloßer Rhetorik.

Darüber hinaus riefen die Staatsoberhäupter beider Länder China dazu auf, Russlands Handlungen gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft unmissverständlich zu verurteilen und lehnten die von China einseitig vorgenommenen Änderungen des Status quo im Ostchinesischen Meer sowie seine illegalen Ansprüche auf maritime Rechte und Interessen im Südchinesischen Meer ab; außerdem betonten sie die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße und drängten auf eine friedliche Lösung dieser Frage der chinesisches-taiwanischen Beziehungen. Dies dient nicht nur einer Warnung an China, sondern gleichzeitig auch der Bestätigung der japanisch-amerikanischen Allianz als „Mittel und Wege“ („ways and means“) sowie als „Kapital“ („asset“) zur Verwirklichung des gemeinsamen strategischen Konzepts des FOIP. Auf diese Weise wird eine Vision geschaffen, die darauf abzielt, Unterstützung für die bestehende internationale Ordnung zu sichern, in der die Länder der Region nicht der Tyrannei der Großmächte ausgesetzt sind.

Die gemeinsame Erklärung zwischen Japan und den USA, in der die Stärkung der japanischen Verteidigungskapazität beschlossen wurde, spiegelt die neue Realität der japanisch-amerikanischen Allianz wider, die sich den überwältigenden Verbesserungen der militärischen Fähigkeiten Chinas entgegenstellt. China soll über eintausend Kurzstreckenraketen (ballistische Raketen und Marschflugraketen) stationiert haben, die es selbstverständlich nicht nur auf Taiwan, sondern auch auf die Stützpunkte der in Japan stationierten US-Streitkräfte und die Stützpunkte der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte abgesehen haben dürften. Denn ohne die politische oder militärische Neutralisierung einer potenziellen Intervention Japans und der USA wird sich eine Vereinigung Taiwans, die auf Waffengewalt basiert, für China schwierig gestalten.

Zumindest im Falle einer Taiwan-Krise ist Japan im Rahmen des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags dazu verpflichtet, das militärische Vorgehen der USA zu unterstützen, sofern diese beschließen, militärisch zu intervenieren. Außerdem würde eine Taiwan-Krise, die in der Nähe der japanischen Hoheitsgewässer geschieht, eine ernste Situation bedeuten, die auch Japans nationale Sicherheit unmittelbar betrifft. In diesem Fall wird China auf Japans Unterstützung der USA höchstwahrscheinlich mit einer Einschüchterung durch Raketenangriffe auf die Stützpunkte der Selbstverteidigungsstreitkräfte reagieren. Und solange nicht sicher

ist, ob die USA gegenüber China zum Gegenschlag ausholen, wird dies die japanische Führung vor eine schwierige Entscheidung stellen. Darüber hinaus haben die USA aufgrund des bis 2019 geltenden Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrags (engl. *Intermediate Range Nuclear Forces Treaty*, kurz INF Treaty) in Japan keine landgestützten Mittelstreckenraketen stationiert, und das US-Militär ist gegenwärtig gerade erst dabei, die Stationierung solcher Raketen auf Grundlage seiner Pazifischen Abschreckungsinitiative (engl. *Pacific Deterrence Initiative*, kurz PDI) von 2021 in Erwägung zu ziehen.

Da auf lokaler Ebene mit politischem Widerstand zu rechnen ist, wenn Japan die amerikanischen Raketenstationierungen akzeptiert, hat die japanische Regierung der Aufrechterhaltung seiner „Fähigkeiten zum Gegenschlag“ Priorität eingeräumt. In den drei sicherheitsrelevanten Dokumenten (Nationale Sicherheitsstrategie, Nationale Verteidigungsstrategie und Plan zum Aufbau der Wehrkraft), die die Regierung unter Premierminister Kishida und der Nationale Sicherheitsrat im Dezember 2022 verabschiedet haben, wurde beschlossen, US-amerikanische Tomahawk-Marschflugraketen zu kaufen und die Reichweite der inländisch produzierten Raketen zu erhöhen.

Darüber hinaus hat sich die japanische Regierung das Ziel gesetzt, den Verteidigungshaushalt innerhalb von fünf Jahren auf 2 % des BIP zu erhöhen. Das

Erreichen dieses Ziels ist angesichts der unter den Industriestaaten enorm schlecht dastehenden Finanzlage Japans zwar keine leichte Aufgabe, braucht allerdings auch nicht pessimistisch betrachtet zu werden. Denn die Auffassung der japanischen Bevölkerung in Hinblick auf ihre Sicherheit unterliegt einem starken Wandel. In einer Meinungsumfrage der Nihon Keizai Shimbun, die vom 23. bis 25. Dezember 2022 durchgeführt wurde, sprachen sich 55 % der Befragten für eine Beibehaltung des Plans zur Verstärkung der Wehrkraft innerhalb der nächsten fünf Jahre aus, obwohl 84 % die Erklärung von Premierminister Kishida in Bezug auf die Steuererhöhung zur Finanzierung des Wehretats für „unzureichend“ hielten; lediglich 36 % sprachen sich gegen die Beibehaltung des Plans aus.

Als Reaktion auf die japanische Politik, die Wehrkraft zu stärken, wurde auf dem japanisch-amerikanischen Gipfeltreffen im Januar 2023 und dem beratenden Sicherheitsausschuss zwischen Japan und den USA („2+2“) eine „Modernisierung der Allianz“ vereinbart. In der gemeinsamen Erklärung heißt es, dass „die japanischen und US-amerikanischen Staatsoberhäupter die Kabinettsmitglieder dazu angewiesen haben, die Zusammenarbeit in Bezug auf Japans ‚Fähigkeiten zum Gegenschlag‘ sowie die Entwicklung weiterer Fähigkeiten und ihren effektiven Einsatz zu erhöhen“. Darüber hinaus wurden in der gemeinsamen Bekanntmachung dieser beiden Länder auf dem „2+2“ konkrete

Maßnahmen wie die „japanisch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Informationsbeschaffung, Überwachung, Aufklärung und Zielerfassung (engl. *Intelligence, Surveillance, Reconnaissance and Targeting*, kurz ISRT) beschlossen, um den effektiven Einsatz von Japans „Fähigkeit zum Gegenschlag“ zu gewährleisten.

### Die wirtschaftliche Sicherheitspolitik von den USA und Japan gegenüber China

Ein weiteres wichtiges Thema der japanisch-amerikanischen Allianz liegt in der wirtschaftlichen Sicherheitspolitik. In der eben erwähnten gemeinsamen Erklärung von Premierminister Kishida und Präsident Biden vom Mai 2022 wurde bestätigt, dass beide Länder unter anderem durch den Einsatz von Exportkontrollen zusammenarbeiten werden, um wichtige Technologien zu schützen und zu fördern, ihre jeweiligen Wettbewerbsvorteile zu unterstützen und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu gewährleisten. Außerdem vereinbarten sie die Einrichtung einer gemeinsamen Taskforce zur Untersuchung der Entwicklung von Halbleitern der nächsten Generation auf Grundlage der im Rahmen der japanisch-amerikanischen Handels- und Industriepartnerschaft (engl. *Japan-U.S. Commercial and Industrial Partnership*, kurz JUCIP) festgelegten Grundsätze für die Zusammenarbeit im Halbleiterbereich.

Am 29. Juli 2022 fand der japanisch-amerikanische beratende Wirtschaftsausschuss („Economic 2+2“) zwischen den japanischen und amerikanischen Außen- und Wirtschaftsministern statt. In diesem wurde Folgendes festgehalten: „Neben der Bedeutung der Stärkung der Widerstandsfähigkeit auf der Angebotsseite, der Förderung und dem Schutz kritischer Zukunftstechnologien sowie der Sicherstellung stabiler Energieversorgung wird auch anerkannt, dass die bestehende internationale Ordnung nicht nur durch einseitige Versuche, den Status quo mit Gewalt zu ändern, herausgefordert wird, sondern auch durch Bestrebungen, eigene strategische Interessen durch den unfairen und intransparenten Einsatz wirtschaftlicher Macht durchzusetzen. Es wurde Einigung darüber erzielt, Diplomatie, Sicherheit und Wirtschaft als eine Einheit zu betrachten und dass Japan und die USA eine führende Rolle bei der internationalen Zusammenarbeit übernehmen werden.“

Das Ziel dieser wirtschaftlichen Sicherheitsmaßnahmen besteht darin, China als sicherheitspolitische Herausforderung ins Visier zu nehmen, insbesondere durch die Kontrolle fortschrittlicher Technologien mit sowohl militärischer als auch ziviler Nutzung, die als militärischer „Gamechanger“ dienen könnten. In den „Economic 2+2“ wurde vereinbart, durch Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie Exportkontrollen und andere Aktivitäten zusammenzuarbeiten, um neue und aufkommende

Technologien auf Grundlage internationaler Regeln und Normen konsistent zu fördern und zu schützen, und damit die technologische Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit zu stärken und Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus der illegalen Weiterverwendung essentieller Technologien für die Waffenentwicklung ergeben. Dies gestaltet sich noch herausfordernder als die Verstärkung der japanischen Wehrkraft. Denn da sowohl der japanische als auch der amerikanische Privatsektor enge Beziehungen zu China aufweisen, und die Finanzwelt einen großen Einfluss auf die Politik ausübt, ist es schwierig, diese Vereinbarung zwischen den Regierungen in einer wirksamen Politik widerzuspiegeln.

Außerdem herrscht sowohl in der japanischen als auch in der amerikanischen Industrie der Eindruck, dass beide Länder in Hinblick auf ihre industriellen Aktivitäten in einem Wettbewerbsverhältnis stehen. Darüber hinaus musste die japanische Seite in jüngster Zeit die bittere Erfahrung machen, dass die Regierung unter Präsident Trump sich einseitig aus dem TPP zurückgezogen und sowohl gegen Japan als auch gegen die Europäische Union gemäß Abschnitt 232 des Handelsgesetzes („Trade Expansion Act“) von 1962 Strafzölle für Stahl und Aluminium verhängt hatte. Während der Amtszeit von Präsident Biden einigten sich die beiden Regierungen am 27. Februar 2022 auf eine Ausnahmeregelung in Bezug auf Abschnitt 232 desselben Handelsgesetzes für

japanischen Stahl und Aluminium, die in die USA eingeführt werden sollen. Doch weder die Regierung der demokratischen Partei unter Präsident Biden mit ihrer gewerkschaftlichen Basis, noch der wachsende Protektionismus unter den Republikanern seit der Regierung unter Präsident Trump lassen erwarten, dass die USA sowohl jetzt als auch nach der Präsidentschaftswahl 2024 – unabhängig von der gewählten Regierung – zum CPTPP zurückkehren wird.

Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Sicherheitspolitik leicht von den Unstimmigkeiten des japanisch-amerikanischen Handelsverkehrs beeinflusst und das führt dazu, dass man in Hinblick auf einige Aspekte nicht unbedingt mit einem reibungslosen Ablauf rechnen darf. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit zwischen Japan und den USA aufgrund geteilter Sicherheitsbedenken gegenüber China sowie der chinesischen „wirtschaftlichen Staatskunst“, mit der politische und sicherheitsbezogene Ziele durch wirtschaftliche Mittel erreicht werden sollen, immer wichtiger. In diesem Zusammenhang stellt die gemeinsame Erklärung des „Economic 2+2“ ausdrücklich klar, dass „große Besorgnis und Ablehnung gegenüber dem schädlichen Einsatz wirtschaftlicher Einflussnahme herrsche, darunter wirtschaftliche Zwänge und unfaire bzw. undurchsichtige Kreditvergaben, welche die legitimen Interessen souveräner Staaten, Einzelpersonen und Industrien gefährden“. Außerdem sei man sich dessen bewusst,

dass „solche Handlungen legitime souveräne Entscheidungen untergraben und eine Herausforderung für die freie, offene und regelbasierte Weltordnung darstellen, weshalb eine gemeinsame Reaktion der beste Weg sei, damit umzugehen“.

Insgesamt sind sich Japan und die USA in Zusammenhang mit ihren wirtschaftlichen Sicherheitsmaßnahmen gegenüber China einig, dass ein gemeinsames effektives Vorgehen bessere Ergebnisse erzielt, als wenn jeder separat agiert. Da sich diese Herausforderung also mit der militärischen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der japanisch-amerikanischen Allianz überschneidet, gibt es keinen Grund, sie übermäßig pessimistisch zu betrachten; dennoch sind vermutlich noch einige Wendungen zu erwarten, bis eine wirkungsvolle gemeinsame Politik vereinbart und umgesetzt wird.

## Zum Abschluss

Angesichts der Expansionspolitik Chinas in der Taiwanstraße, dem Ostchinesischen und Südchinesischen Meer sowie des damit einhergehenden Ausbaus seiner militärischen Fähigkeiten haben Japan und die USA die Bedeutung ihrer Allianz einmal mehr bekräftigt und arbeiten nun daran, auch ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern. Die Tatsache, dass Japan nicht über eine vollendete militärische Stärke, einschließlich Angriffsfähigkeit, verfügt, ist in Hinblick auf eine mögliche Spaltungspolitik Chinas gegenüber Japan

und den USA im Zusammenhang mit einer Taiwan-Krise ein Schwachpunkt. Die wichtigste zukünftige Frage für die japanisch-amerikanische Allianz ist daher die Verstärkung der japanischen Wehrkraft, die zudem einen wichtigen Bestandteil der japanischen Politik gegenüber den USA darstellt.

Darüber hinaus sind Ausfuhr- und Investitionsbeschränkungen gegenüber China dringende Themen für die Zusammenarbeit zwischen Japan und den USA, um zu verhindern, dass sich das militärische Gleichgewicht zugunsten Chinas verschiebt, indem es eine überwältigende technologische Macht erhält. Andererseits ist die Tatsache, dass japanische und US-amerikanische Unternehmen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu China vertieft haben, ein ungewisser Faktor in Hinblick auf die wirtschaftliche Sicherheitspolitik, der eine mögliche Spaltungspolitik Chinas gegenüber Japan und den USA zur Folge haben könnte. Obwohl sich die beiden Länder grundsätzlich über eine wettbewerbsorientierte Haltung gegenüber China einig sind, gibt u. a. die fehlende Kontinuität zwischen den Regierungen der Republikaner und der Demokratischen Partei der USA aufgrund fraktioneller Konflikte aus japanischer Sicht Anlass zur Sorge. Auf der anderen Seite stellt sich die amerikanische Seite die Frage, ob die Regierung unter Premierminister Kishida, die die Nachfolge der langjährigen Regierung unter Premierminister Abe angetreten hat, welche große Veränderungen in der

Bündnispolitik ausgelöst hatte, in der Lage sein wird, ihre Politik mit derselben Zentripetalkraft voranzutreiben.

Im Rahmen groß angelegter Militärübungen der chinesischen Volksbefreiungsarmee in der Taiwanstraße beginnend am 4. August 2022, bei denen fünf chinesische Raketen in die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) Japans eindrangen, ergab eine vom japanischen Fernsehsender NTV und der Yomiuri Shimbun am 10. und 11. August durchgeführte Meinungsumfrage, dass 80 % der Japaner „besorgt über eine chinesische Anwendung von Waffengewalt gegenüber Taiwan“ seien. Auch wegen dieser wahrgenommenen Bedrohung ist sich die japanische Öffentlichkeit über den Wert der historisch erprobten japanisch-amerikanischen Allianz bewusst, sodass sich vermutlich weder der Kurs hin zu einer Stärkung der japanischen Wehrkraft noch die enge Allianz mit den USA in Zukunft ändern werden.

## Literaturangaben

National Defense University Institute for National Strategic Studies (2000), "The United States and Japan: Advancing toward mature partnership," *INSS Special Report*, <https://armitageinternational.com/wp-content/uploads/2018/06/ArmNye-Oct-2000-Report.pdf>

The Governments of the United States of America and Japan (2022), "Joint Statement of the U.S.-Japan Economic Policy Consultative Committee: Strengthening Economic Security and the Rules-Based Order," <https://www.mofa.go.jp/mofaj/files/100376270.pdf>

Eric Heginbotham and Richard J. Samuels (2018), "A New Military Strategy for Japan Active Denial Will Increase Security in Northeast Asia," *Foreign Affairs Website*, <https://www.foreign-affairs.com/articles/asia/2018-07-16/new-military-strategy-japan>

Tsuneo Watanabe (2022), "Japan's Security Policy Evolution: The Interaction between Think Tank Proposals and Government Implementation," *Asia Policy*, Vol. 17, No. 3, <https://www.nbr.org/publication/japans-security-policy-evolution-the-interaction-between-think-tank-proposals-and-government-implementation/>

## Tsuneo WATANABE



Tsuneo „Nabe“ Watanabe ist Senior Fellow der Sasakawa Peace Foundation, einer unabhängigen politischen Forschungsorganisation in Tokio. Im Oktober 2016 kam er zur Sasakawa Peace Foundation, nachdem er von 2009 bis 2016 als Senior Fellow und Direktor für außen- und sicherheitspolitische Forschung bei der Tokyo Foundation tätig war. Von 2005 bis 2009 war er als Senior Fellow am Mitsui Global Strategic Studies Institute in Tokio tätig. 1995 wechselte er zum Center for Strategic & International Studies (CSIS) in Washington, D.C. Dort war er bis 2005 als Visiting Research Scholar, Research Associate, Fellow und Senior Fellow tätig. Derzeit ist er Adjunct Fellow des CSIS. Zu seinen Veröffentlichungen gehören *The World Order after 2021: 20 Angles of the International Affairs* [auf Japanisch] (Shinchosha, 2020), *Asia Pacific Countries and the US Rebalancing Strategy* [gemeinsam mit David W.F. Huang et.al.] (Palgrave Macmillan US, 2016), *NATO and Asia Pacific* [gemeinsam mit Alexander Moens und Brooke A. Smith-Windsor et.al.] (NATO Defense College, 2016), *Are the US and China Trading Places in 2025: History Tells the Truth of the US-China Relations* [auf Japanisch] (PHP Research Institute, 2011). Er erhielt seinen D.D.S. von der Universität Tohoku in Japan und seinen M.A. in Politikwissenschaft von der New School for Social Research in New York.